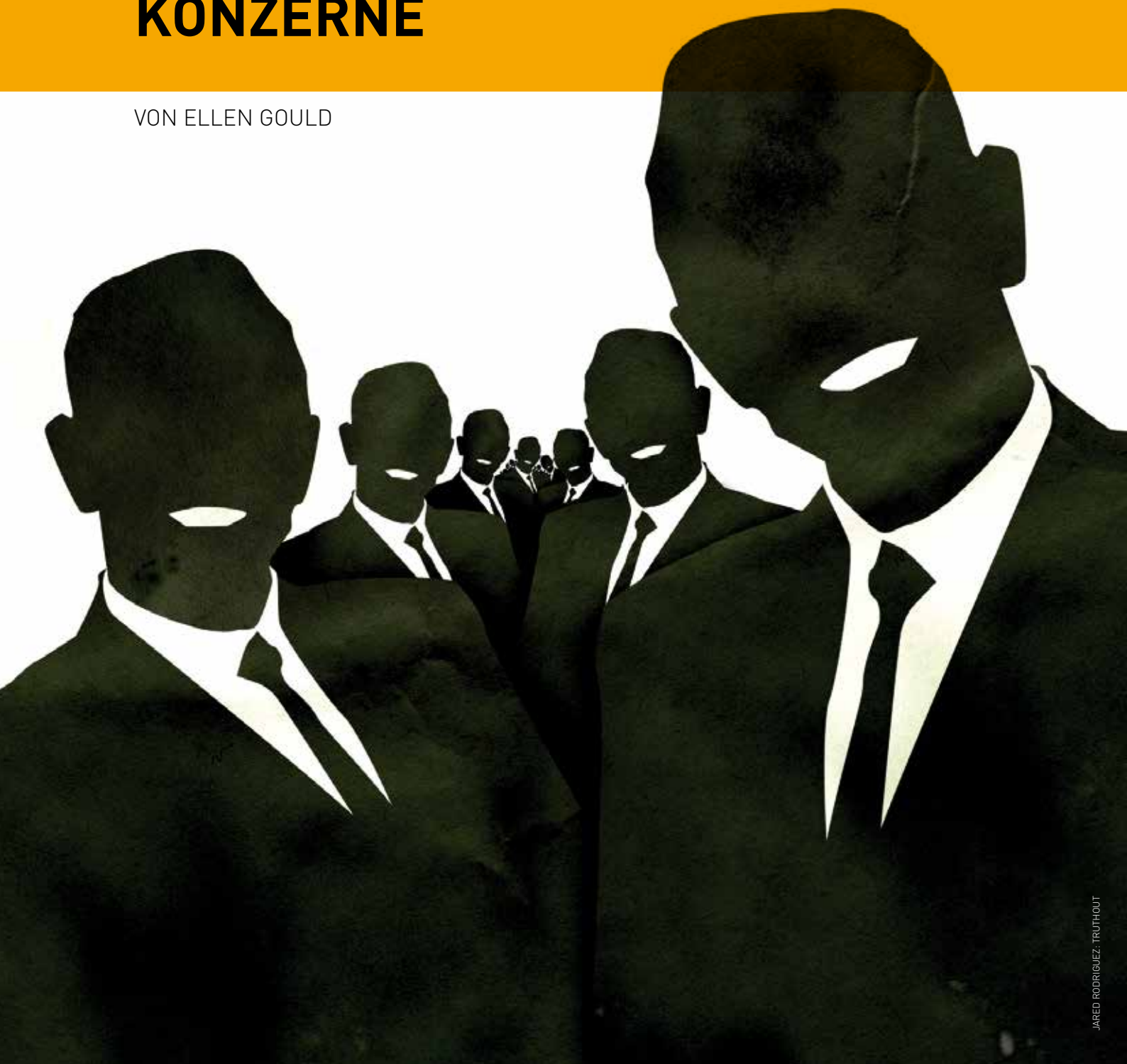


TISA – HANDEL MIT DIENSTLEISTUNGEN

# ABKOMMEN DER WIRKLICH GUTEN FREUNDE TRANSNATIONALER KONZERNE

VON ELLEN GOULD



INTERNATIONALE DER ÖFFENTLICHEN DIENSTE



Verfasserin: Ellen Gould

Ellen Gould ist eine kanadische Beraterin, die für die Harrison School of Law (Georgetown University), Verbraucherschutzgruppen, Kommunalverwaltungen und Berufsverbände tätig ist und sie hinsichtlich der Auswirkungen internationaler Handelsabkommen berät.

Sie ist ebenfalls wissenschaftliche Mitarbeiterin des *Canadian Centre for Policy Alternatives*. Zu ihren veröffentlichten Studien zählen *GATS and Financial Instability*, *The Commodification of Services; How the GATS Undermines the Right to Regulate* und *International Trade Agreements: An Update for the Union of BC Municipalities*.

Der vorliegende Bericht wurde von *Our World Is Not For Sale* (OWINFS) und der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI) in Auftrag gegeben. Die hier dargestellten Standpunkte entsprechen nicht zwangsläufig den Positionen von OWINFS oder PSI.

Veröffentlicht im September 2014  
von der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI)  
[www.world-psi.org](http://www.world-psi.org)  
und  
Our World Is Not For Sale (OWINFS)  
[www.ourworldisnotforsale.org](http://www.ourworldisnotforsale.org)

# VORWORT

Demokratische Gesetze und Verordnungen, die von gewählten Regierungen zum Schutz des Gemeinwohls erlassen wurden, als Handelshemmnisse zu bezeichnen, offenbart eine fundamental fehlgeleitete Vorstellung von den Aufgaben des Staates.

Gesetze und Vorschriften zum Schutz von Arbeitskräften, VerbraucherInnen, Kleinunternehmen und Umwelt gibt es, weil der Markt diese regulierenden Funktionen nicht übernimmt.

Die globale Finanzkrise hat gezeigt, welche katastrophalen Folgen eine fehlende adäquate Regulierung der Finanzmärkte hat. Ob es um die Erderwärmung oder den Einsturz der Textilfabrik in Rana Plaza geht – unsere Welt muss sich nationalen und globalen Herausforderungen stellen, die uns die tragischen Folgen fehlender oder nicht durchgesetzter Vorschriften zum Wohle aller Mitglieder unserer Gesellschaften vor Augen führen.

Die Möglichkeit, Märkte zu regulieren, ist ebenfalls eine Grundvoraussetzung für einen fairen Wettbewerb der U en und ermöglicht es Ländern, Städten und Regionen, sich wirtschaftlich und kulturell weiterzuentwickeln.

Das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA), über das zurzeit hinter verschlossenen Türen verhandelt wird, gehört zu einer ganzen Reihe beunruhigender neuer Handels- und Investitionsabkommen, die auf der Grundlage gesetzlich verbindlicher Regelungen die Rechte transnationaler Investoren institutionalisieren und Handlungsspielräume von Regierungen in Bereichen einschränken, die nur entfernt mit Handelsfragen zu tun haben.

Die Begleitstudie TiSA contra öffentliche Dienste\* zum vorliegenden Bericht beschreibt auch die negativen Folgen von TiSA für öffentliche Dienste, die für die Gesellschaft und die Wirtschaft essenzielle Aufgaben wie Gesundheitsversorgung und Bildung wahrnehmen sollen. Diese Dienstleistungen sollen bezahlbar sein sowie universell und bedarfsgerecht zur Verfügung stehen. Auch diese Aufgaben kann der Markt nicht übernehmen.

Es ist empörend, dass TiSA den Regierungen die Möglichkeit nehmen wird, vormals privatisierte öffentliche Dienste wieder unter die Obhut der öffentlichen Hand zu bringen selbst dann, wenn die Privatisierung gescheitert ist. Es ist unglaublich, dass angesichts der Folgen der globalen Finanzkrise TiSA nach wie vor auf die weitere Deregulierung der Finanzmärkte setzt.



Wir haben es hier mit dem gezielten Versuch zu tun, das Gewinnstreben der reichsten Konzerne und Länder der Welt über die Interessen der Menschen mit den größten Bedürfnissen und Lebensrisiken zu stellen und zu diesem Zweck eine globale Oligarchie zu errichten, die ihre Gesetze weltweit diktiert.

Wir wissen, dass die Interessen großer Konzerne bei den TiSA-Verhandlungen eine beträchtliche Rolle spielen.

Da so viel für die Menschen und unseren Planeten auf dem Spiel steht, ist die Geheimniskrämerei im Umfeld der TiSA-Verhandlungen ein Skandal. Wer in einem demokratischen Land wird es hinnehmen, dass seine Regierung im Geheimen Gesetzen zustimmt, die auf eine bisher unbekannte Weise Macht und Reichtum verlagern, zukünftigen Regierungen die Hände binden und die Fähigkeit von Nationen einschränken, für ihre Bürger und Bürgerinnen zu sorgen?

Die TiSA-Verhandlungsprotokolle müssen zur öffentlichen Überprüfung und weiteren Entscheidungsfindung zugänglich gemacht werden.

TiSA darf die Regulierungsmöglichkeiten von Regierungen im Interesse des Gemeinwohls nicht einschränken.

Es darf keinen Handel mit öffentlichen Diensten geben.

Rosa Pavanelli  
Generalsekretärin  
Internationale der Öffentlichen Dienste

# INHALT

Einleitung .....	7
Mit geschliffener Axt – von GATS zu TiSA.....	9
Zwingend vorgeschriebene Verhandlungen .....	11
Stillhalte- und Ratchet-Klausel .....	13
Zukunftssicherheit und Unumkehrbarkeit der Liberalisierungsverpflichtungen.....	15
Einschränkung der Regulierungsautonomie von Staaten .....	17
Durchsetzung der Deregulierung.....	19
Wer entscheidet, dass Vorschriften „unnötig“ oder „unangemessen“ sind?.....	21
Sektorale Disziplinen.....	24
Potenzielle Auswirkungen auf den Datenschutz .....	26
Schlussfolgerung.....	28
Endnoten .....	30



# EINLEITUNG

Im Jahre 2012 begannen höchst geheime Gespräche über ein neues Handelsabkommen mit der Bezeichnung TiSA (Trade in Services Agreement = Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen). Die Ländergruppe<sup>1</sup>, die an den Verhandlungen beteiligt ist, hat sich selbst den Namen *Really Good Friends of Services*<sup>2</sup> gegeben (Wirklich gute Freunde von Dienstleistungen), der wohl nur als Insider-Witz verstanden werden kann und eigentlich so zu verstehen ist, dass sie ihre besondere Verpflichtung darin sieht, sich für die Interessen großer Dienstleistungskonzerne einzusetzen. Allerdings entbehren die umfassenden und dauerhaften Einschränkungen öffentlicher Dienste und öffentlicher Regulierungsmöglichkeiten, die als Folgen der Aktionen dieser Länder drohen, jeder humoristischen Note.

Die Idee für dieses Abkommen entstand in den Zirkeln von Denkfabriken und Lobbyisten transnationaler Unternehmen, die mit dem Tempo der Verhandlungen über Dienstleistungen bei der Welthandelsorganisation unzufrieden waren.<sup>3</sup> Die *Coalition of Services Industries* hat keine Zweifel daran gelassen, welche Ambitionen die TiSA-Verhandlungsdelegationen bei der Durchsetzung von Privatisierungs- und Deregulierungsforderungen verfolgen sollten. In einer Aussage vor der US-Regierung hat der Coalition-Vorsitzende Samuel Di Piazza, ein leitender Bankier der Citigroup, erklärt, dass die TiSA-Länder „Regulierungen innerhalb ihrer Grenzen ändern oder ganz abschaffen sollten.“ Nach Auffassung von Di Piazza sollten Banken, Versicherungen, Medien und andere Unternehmen mit globaler Geschäftstätigkeit in einem Umfeld mit „marktorientierten und nicht vom Staat vorgegebenen“ Bedingungen handeln können. In einer TiSA-Zukunft nach Di Piazzas Visionen würden öffentlich erbrachte oder regulierte Dienstleistungen nicht mehr existieren, sondern „die Prinzipien der freien Marktwirtschaft sind bestimmend für Investitionen und Erbringung von Dienstleistungen in einem transnationalen Maßstab.“<sup>4</sup>

Die weitreichende Deregulierung, die sich die Coalition wünscht, würde den politischen Handlungsspielraum von Staaten auf allen Ebenen eliminieren. Walmart zum Beispiel, ein Mitglied der *Coalition of Services Industries*, betrachtet TiSA als eine Möglichkeit, kommunale Vorschriften für die Flächennutzung und die Filialgrößen auszuhebeln. Walmart erwartet von TiSA ebenfalls eine Beendigung der Verkaufsbeschränkungen für Alkohol und Tabak, dieser Bereich fällt oft unter die juristische Zuständigkeit der Bundesstaaten und Kommunen.<sup>5</sup>

Abschaffung der Rolle des Staates beim Erbringen von Diensten, Verzicht auf Regulierungsmaßnahmen und freie Hand für transnationale Unternehmen – das liest sich wie die Wahlplattform einer libertären Partei oder eine radikale Programmatik, über die in aller Öffentlichkeit debattiert werden sollte und über die die WählerInnen an der Wahlurne ein Wörtchen mitreden sollten. Statt dessen haben die *Really Good Friends of Services* die Verhandlungen mit einem nie gekannten Ausmaß an Geheimniskrämerei

geführt und damit der Öffentlichkeit jede Möglichkeit genommen, sich an einer Diskussion über die dort verhandelten wichtigen Themen zu beteiligen. Die Standpunkte, die die an den TiSA-Verhandlungen beteiligten Staaten einnehmen – wie weit setzen sie sich für Privatisierung und Deregulierung ein, sind sie zu Kompromissen in sensiblen Fragen wie Gesundheit, Bildung, Kultur, Wasserversorgung und Bankenregulierung bereit – werden erst fünf Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens publik gemacht<sup>6</sup>. Diese extreme Geheimhaltung scheint darauf ausgelegt zu sein, dass die Verhandlungsrunden ohne Rücksicht auf nationale Belange stattfinden können und die Politik von jeder Verantwortung für ihre Rolle beim TiSA-Abschluss entbunden wird.

„Walmart, ein Mitglied der Coalition of Services Industries, betrachtet TiSA als eine Möglichkeit, kommunale Vorschriften für die Flächennutzung und die Filialgrößen auszuhebeln.“

Warum sind sich die transnationalen Dienstleistungskonzerne so sicher, dass sie ihre Deregulierungs- und Privatisierungspläne durch TiSA verwirklichen können? Die folgende Analyse befasst sich in erster Linie mit der Frage, wie TiSA benutzt werden könnte, um die Deregulierungsziele der Konzerne zu vollenden, und ist als Ergänzung zu der Studie „TiSA contra öffentliche Dienste“<sup>7</sup> gedacht. Diese Studie hat untersucht, wie TiSA die Privatisierung fördern würde. TiSA kann als Frontalangriff auf das Gemeinwohl angesehen werden, da es nicht nur die Privatisierung fördert, sondern auch Argumente gegen die Regulierung privat erbrachter Dienstleistungen liefert.

Ziel des vorliegenden Berichts ist es, der Geheimniskrämerei und Komplexität der TiSA-Verhandlungen mit Transparenz zu begegnen und das Abkommen in der Öffentlichkeit zum Thema einer demokratischen Debatte zu machen. Zwar haben sich die *Really Good Friends of Services* (mit der Schweiz als einziger Ausnahme) geweigert, Verhandlungsdokumente öffentlich zugänglich zu machen, aus den Äußerungen der Verhandlungsdelegationen und der Veröffentlichungen der Handelsblätter sowie aus unter der Hand zugespielten Unterlagen lässt sich jedoch schließen, welche Bedrohung TiSA für Regulierungen im Interesse des Gemeinwohls darstellt.



# MIT GESCHLIFFENER AXT

## VON GATS ZU TISA



DENNIS JARVIS

TiSA ist eine Strategie, um die festgefahrenen WTO-Gespräche über die Erweiterung der Vorschriften und Verpflichtungen im Dienstleistungsbereich zu umgehen. Wenn man TiSA verstehen will, muss man sich einige der in diesen Verhandlungen angesprochenen Themen näher anschauen. Die Lobbyisten transnationaler Konzerne haben sich darüber beklagt, dass das Allgemeine Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) nicht zu den tiefgreifenden Veränderungen geführt hat, mit denen sie nach Inkrafttreten des Abkommens 1995 gerechnet hatten. Sie zeigen sich ebenfalls unzufrieden mit den laufenden GATS-Verhandlungen, deren Mandat eine Erweiterung des Geltungsbereichs des Abkommens ist.

Den Entwicklungsländern wird vorgeworfen, dass sie die GATS-Verhandlungen als Geisel nähmen, um Verhandlungsfortschritte in anderen Bereichen zu erzwingen. Die Entwicklungsländer halten dagegen, dass von ihnen bei den Verhandlungen über Dienstleistungen zwar beträchtliche neue Konzessionen verlangt worden seien, sie selbst jedoch innerhalb der WTO in Bereichen wie der Landwirtschaft, in der sie über Wettbewerbsvorteile verfügen, keinerlei Bewegung erkannt hätten. Von den WTO-Verhandlungen werden Ergebnisse „auf dem Grundsatz der Gegenseitigkeit zum beiderseitigen Nutzen für alle Mitglieder erwartet“, und besonders sollen sie den Entwicklungsländern einen Anteil am Wachstum des internationalen Handels sichern.<sup>8</sup> Dass Dienstleistungen überhaupt WTO-Gegenstand wurden, war eine erhebliche Konzession der Entwicklungsländer bei der Gründung der Organisation angesichts der Tatsache, dass auf Unternehmen in den OECD-Ländern der Löwenanteil des weltweiten Handels mit Dienstleistungen entfällt.

Um angesichts dieses Stillstands innerhalb der WTO trotzdem weiterzukommen, gründete eine hauptsächlich aus OECD-Ländern bestehende Gruppe die *Really Good Friends of Services* mit der Zielsetzung, viel weiter als das multilaterale GATS oder andere bisher unterzeichnete regionale oder bilaterale Abkommen zu gehen, immer mehr Länder zu einer Unterzeichnung des Abkommens zu bewegen und das Abkommen danach im WTO-Rahmen zu verankern. Wie der frühere US-Handelsbeauftragte Ron Kirk vor einer Versammlung von Industrievertretern sagte, „bietet TiSA signifikante neue Möglichkeiten zur Überprüfung der Ergebnisse der bisherigen

Dienstleistungsabkommen sowie zur Konsolidierung der wichtigsten und effektivsten Elemente in einem einzigen Rahmen und zur Ausdehnung dieses Rahmens auf eine größere Gruppe von Ländern.“<sup>9</sup> Die TiSA-Verhandlungen sind im Wesentlichen eine Neuauflage der Verhandlungen, die zu GATS geführt haben, aber diesmal ohne Delegationen am Verhandlungstisch, die sich gegen die extremen Forderungen der transnationalen Dienstleistungslobby gewehrt hätten.

Trotz der Kritik der Wirtschaft an den Unzulänglichkeiten von GATS enthält dieses Abkommen bereits weitgehende Deregulierungsbestimmungen. Im Jahre 2004 stellte zum Beispiel ein WTO-Panel fest, dass US-Bestimmungen über das Verbot von Online- und Telekommunikations-Glücksspielen eine GATS-Verletzung darstellen<sup>10</sup>. US-Anwälte hatten vor dem Panel geltend gemacht, dass das in der GATS-Präambel festgelegte Recht auf Regulierung „die Befugnis beinhaltet, das Ausmaß der zulässigen Aktivitäten zu begrenzen“<sup>11</sup>. Die meisten BürgerInnen könnten der Meinung sein, dass dies wohl das Mindeste sein sollte, was ihre Regierungen in der Lage sein sollten zu unternehmen.

#### **DIE GATS PLUS-MERKMALE VON TISA, DIE DIE STÄRKSTEN DEREGULIERENDEN WIRKUNGEN HABEN KÖNNTEN, SIND**

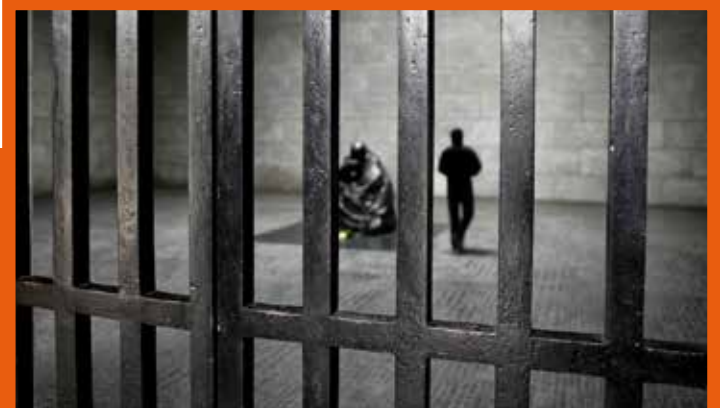
- Eine Struktur zwingend vorgeschriebener Verhandlungen, die Staaten keine andere Wahl lässt, als dem Abkommen so viele Dienstleistungssektoren wie möglich unterzuordnen und die die Anwendung neuer Regulierungsbeschränkungen auf den Weg bringt;
- GATS Plus-Bestimmungen, die mehr Möglichkeiten für die Anfechtung von Regulierungen eröffnen;
- Abschaffung des GATS-Artikels, der Ländern die Möglichkeit einer Änderung ihrer eingegangenen Verpflichtungen ermöglicht, wenn sie von anderen Parteien eine entsprechende Zustimmung erhalten.

In seiner Entscheidung hat das Panel jedoch klargestellt, wie GATS das Recht auf Regulierung einschränkt: „Die Regulierungshoheit der Mitglieder ist ein wichtiger Pfeiler der fortschreitenden Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen, aber diese Souveränität endet dort, wo die Rechte anderer GATS-Mitglieder beeinträchtigt werden.“<sup>12</sup>

**„ Im Jahre 2004 stellte ein WTO-Panel fest, dass US-Bestimmungen über das Verbot von Online- und Telekommunikations-Glücksspielen eine GATS-Verletzung darstellen.“**

Diese Entscheidung des Panels sollten die *Really Good Friends of Services* als eindeutige Warnung verstehen. Sie können nämlich nicht davon ausgehen, im TiSA weit über die GATS-Bestimmungen hinausgehende Regulierungseinschränkungen etablieren zu können, ohne damit rechnen zu müssen, dass sie bei einer Handelsklage auf dem Regulierungsfeld mit ihren eigenen Waffen geschlagen werden. Die erklärte Absicht der *Friends*, ein GATS Plus-Abkommen durchzusetzen, bedeutet aller Voraussicht nach, dass sie „Regulierungen verändern oder abschaffen“ müssen, wie es die *Coalition of Services* gefordert hat. Falls sie diese Deregulierung nicht vollziehen, könnten sich die TiSA-Mitglieder vor einem Schiedsgericht wiederfinden, das sie darüber aufklärt, in welchem Maße TiSA ihre Regulierungsautonomie beschneidet.

# ZWINGEND VORGESCHRIEBENE VERHANDLUNGEN



STEFANO CORSO

*„Bei allen Gesetzen und Verordnungen, mit denen innerstaatliche Regulierungsziele erreicht werden sollen, gilt die Verpflichtung zur Inländerbehandlung. Darüber hinaus gilt die Inländerbehandlung für alle zukünftigen Regulierungen, die den Dienstleistungssektor betreffen.“  
„Handel mit Dienstleistungen – Mitteilung im Auftrag der Vereinigten Staaten“.*

GATT-Dokument L/5838, 9. Juli 1985

Im Zuge ihrer ursprünglichen Kampagne, den Handel mit Dienstleistungen als eines der WTO-Abkommen zu verankern, versuchten die USA die Durchsetzung einer „Top-Down“-Struktur. Dies würde bedeuten, dass alle Dienstleistungssektoren automatisch miteinbezogen werden, wenn Länder sie nicht explizit vom Geltungsbereich ausnehmen. Zwar wurden schließlich einige Bestimmungen in das GATS aufgenommen, die in der Tat für alle Dienstleistungen gelten, die US-Forderung nach einem Top-Down-Ansatz wurde jedoch in den beiden Schlüsselbereichen „Marktzugang“ und „Inländerbehandlung“ abgelehnt.

Die GATS-Marktzugangspflicht verbietet eine mengenmäßige Beschränkung der erbrachten Dienstleistungen oder der Anzahl der Anbieter dieser Dienstleistungen. Die Verpflichtung zur Inländerbehandlung verlangt von den Ländern die Gleichbehandlung von ausländischen und inländischen Dienstleistungen und Anbietern von Dienstleistungen. Im Rahmen des Bottom-Up-Ansatzes von GATS entscheiden die Länder selbst, welche Dienstleistungen sie dem Grundsatz der Marktzugangspflicht und der Inländerbehandlung unterwerfen – im Gegensatz zu dem Modell, das diese Verpflichtungen für alle Dienstleistungen anwendet, wenn sie nicht ausdrücklich davon ausgenommen werden.

Mit TiSA haben die USA jedoch ihr langfristiges Ziel erreicht<sup>13</sup>, das Gebot der Inländerbehandlung per se auf alle Dienstleistungen auszudehnen. Dieses Top-Down-Modell bedeutet, dass die TiSA-Länder alle Dienstleistungen explizit auflisten müssen, die sie von der Verpflichtung zur Inländerbehandlung ausnehmen wollen. Dieses „List it or lose it“-Modell bedeutet, dass Liberalisierungsverfahren nicht mehr eigens ausgewiesen werden müssen; damit vergrößert sich die Gefahr, dass die Inländerbehandlung letztlich auch auf Dienstleistungen anzuwenden ist, die der Staat eigentlich schützen wollte.

Die deregulierenden Auswirkungen des Top-Down-Ansatzes von TiSA im Hinblick auf die Inländerbehandlung sind deshalb so gravierend, weil die Inländerbehandlung auf mehr als nur diejenigen Regulierungen abzielt, die inländische Unternehmen ganz offen bevorzugen. Nach dem Gebot der Inländerbehandlung ist die Gleichbehandlung von in- und ausländischen Unternehmen nicht genug – ihnen müssen auch *gleiche Wettbewerbsbedingungen* garantiert werden. Diese Bedingungen führen letztlich bei den Regierungen zu Rechtsunsicherheit, da nicht immer eindeutig feststellbar ist, wann Regulierungsmaßnahmen zu ungleichen Wettbewerbsbedingungen führen.

Darüber hinaus verstoßen Regelungen, die zu einer Diskriminierung zum Vorteil von Dienstleistungen führen, die vom Staat<sup>14</sup> oder gemeinnützigen und genossenschaftlichen Organisationen erbracht werden, gegen die Verpflichtung zur Inländerbehandlung. FedEx zum Beispiel hat in seiner TiSA-Vorlage an den US-Handelsbeauftragten „gleiche Wettbewerbsbedingungen“ für private und öffentliche Zustelldienste gefordert sowie die Beseitigung „regulatorischer Vorteile, die den nationalen Postdiensten traditionsgemäß gewährt werden“.<sup>15</sup> Die staatliche Post hat aber die Aufgabe, auch Teile des Marktes wie zum Beispiel weit abgelegene Gegenden zu bedienen, an denen gewinnorientierte Anbieter wie FedEx oder andere transnational agierende Zusteller aus Mangel an Gewinnaussichten nicht interessiert sind. Die Beseitigung von Regulierungsmaßnahmen, die den staatlichen Postdiensten Vorteile verschaffen, beeinträchtigt ihre Fähigkeit, ihre Gemeinwohlverpflichtungen zu erfüllen.

**„ FedEx fordert die Beseitigung „regulatorischer Vorteile, die den nationalen Postdiensten traditionsgemäß gewährt werden.“**

Die Inländerbehandlungsklausel kann auch dafür verwendet werden, Vorschriften anzufechten, die eine örtliche Vertretung in den Aufsichts- und Verwaltungsgremien von Dienstleistungsunternehmen fordern. Die *Coalition of Services Industries* setzt sich dafür ein, dass TiSA den Staaten untersagen sollte, „von den Dienstleistern die Bedingung der Staatsangehörigkeit für die Board-Mitglieder zu verlangen“.<sup>16</sup> Selbst Genossenschaftsbanken könnten nicht mehr durchsetzen, dass ihre Board-Mitglieder aus der lokalen Gemeinde kommen müssen. Wenn die TiSA-Parteien diese Regelungen bei der Festlegung ihrer Top-Down-Verpflichtungen zur Inländerbehandlung nicht ausdrücklich ausklammern, müssen sie darauf verzichten oder eine Handelsklage riskieren.

# STILLHALTE- UND RATCHET-KLAUSEL



SAM WOLFF

Neben der Durchsetzung des keine Ausnahmen mehr zulassenden Top-Down-Modells für die Inländerbehandlung werden noch weitere Instrumente verwendet, um die Regierungen zu zwingen, so viele Dienstleistungen wie möglich dem Geltungsbereich von TiSA unterzuordnen. Die Gruppe der *Really Good Friends* gestaltet TiSA zwar nach dem GATS-Vorbild, erweitert das Abkommen aber durch neue Bestimmungen, die eine drakonische Beschränkung der Regulierungsautonomie beinhalten. Der US-amerikanische WTO-Botschafter Michael Punke erklärte 2012, dass die *Really Good Friends of Services* die Anwendung einer Stillhalte- und Ratchet-Klausel für die Inländerbehandlung vereinbart hätten und dass diese auch auf die Bestimmungen für den Marktzugang anwendbar sein könnten.<sup>17</sup>

Die Stillhalteklausele würde die Staaten dazu verpflichten, den zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens erreichten Liberalisierungsstatus zu bewahren. Wenn zum Beispiel ausländische Unternehmen das Recht erhalten haben, als Anbieter auf dem Markt der Krankenversicherungen aufzutreten, würde TiSA dies als permanentes Recht festschreiben. Wie es die US-Versicherungslobby formuliert hat, „sollten die Verpflichtungen mindestens dem Zugangsniveau entsprechen, wie es im heutigen Markt gegeben ist.“<sup>18</sup>

TISAs vorgeschlagene Ratchet-Klausel<sup>19</sup> würde jeden experimentellen Deregulierungsversuch eines Staates automatisch zu einer dauerhaften und endgültigen Lösung machen ohne Möglichkeit einer Kursänderung, wenn sich das Experiment als eine Katastrophe erweist. Ein Beispiel ist der Plan der gegenwärtigen norwegischen Regierung, den Verkauf von Alkohol zu deregulieren. Norwegen hat

schon immer den Verkauf von Alkohol aus seinen Handelsverpflichtungen ausgenommen und ist ein vehementer Verfechter einer strikten Politik der Alkoholkontrolle, um auf diese Weise einer durch übermäßigen Alkoholgenuss verursachten Gefährdung der Bevölkerung vorzubeugen. Allerdings denkt Norwegen zurzeit darüber nach, das staatliche Monopol auf den Verkauf von Alkohol aufzugeben. Die Regierung hat vorgeschlagen, den Direktverkauf von Alkohol von Produzenten an Verbraucher zu erlauben und die Restriktionen Alkoholreklame betreffend zu lockern.<sup>20</sup> Die Verfügbarkeit alkoholischer Getränke und einschlägige Reklame zu beschränken, hat sich als probates Mittel der Prävention alkoholbedingter Krankheiten erwiesen. Die norwegische Regierung könnte also zu einem zukünftigen Zeitpunkt durchaus zu dem Schluss kommen, dass diese Liberalisierung wieder rückgängig gemacht werden sollte. Bei Einführung einer Ratchet-Klausel wäre jedoch eine Maßnahme Norwegens zur Liberalisierung des Alkoholverkaufs in Stein gemeißelt und unabänderlich.

Die Stillhalte- und Ratchet-Klausel im TiSA mag zur Folge haben, dass weitere Länder von einem Anschluss an die *Really Good Friends*-Gruppe absehen. Die in GATS vorhandene Flexibilität ermöglicht es Ländern davon Abstand zu nehmen, Sektoren zu verpflichten, die sie vielleicht schon ausländischen Unternehmen geöffnet haben. Da viele Entwicklungsländer zum Zeitpunkt der ersten GATS-Verhandlung dazu gezwungen worden waren, im Rahmen der Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds umfassende Privatisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen durchzuführen, wollten sie keinen entsprechenden Automatismus in GATS. Stattdessen konnten die Entwicklungsländer Vorteile in für sie besonders interessanten Bereichen wie Bauwirtschaft, maritime Dienstleistungen und Beschäftigung von Leiharbeitskräften im Ausland wahrnehmen als Ausgleich für eingegangene Verpflichtungen für Dienstleistungen, die sie bereits privatisiert und dereguliert hatten.

**„ TISAs vorgeschlagene Ratchet-Klausel würde jeden experimentellen Deregulierungsversuch eines Staates automatisch zu einer dauerhaften und endgültigen Lösung machen ohne Möglichkeit einer Kursänderung, wenn sich das Experiment als eine Katastrophe erweist.“**

Die Entwicklungsländer sollen nach den Vorstellungen der TiSA-Befürworter die Öffnung ihrer Dienstleistungssektoren für in der OECD ansässige transnationale Konzerne nicht als Konzession oder Opfer betrachten, sondern vielmehr als eine „Voraussetzung für die Verbesserung der eigenen Wirtschaftsleistung.“<sup>21</sup> Die gleichen Protagonisten betonen bei ihrer Lobbyarbeit gegenüber ihren eigenen Regierungen die Wettbewerbsvorteile der US- und EU-Unternehmen und das Potenzial, mit Hilfe von TiSA mehr neue Arbeitsplätze in den USA und Europa zu schaffen.

Generell ist nicht zu erkennen, inwiefern die Garantie eines besseren Zugangs für das Dienstleistungsangebot von US- und EU-Unternehmen u.a. in den Bereichen Unterhaltung, Einzelhandel und Vertrieb von Finanzderivaten in Schattenmärkten eine „Voraussetzung für die Verbesserung der Wirtschaftsleistung im eigenen Land“ sein soll. Wie wird zum Beispiel die Entwicklung von TiSA-Mitgliedern gefördert, wenn sie der Walmart-Forderung<sup>22</sup> nach einer Deregulierung des Alkohol- und Tabakverkaufs nachkommen?



ROGER SCHUEBER

## ZUKUNFTSSICHERHEIT UND UNUMKEHRBARKEIT DER LIBERALISIERUNGS-VERPFLICHTUNGEN

Eine wichtige Forderung der Dienstleistungslobby lautet, dass jede neue Dienstleistung vollständig und automatisch den TiSA-Geboten des Marktzugangs und der Inländerbehandlung unterworfen wird. Nach Auffassung der *Coalition of Services Industries* sollte TiSA dafür sorgen, dass „alle neuen Dienstleistungen, die aufgrund technologischer Innovationen in einer unter das Abkommen fallenden Kategorie gehandelt werden können, ohne weitere Verhandlungen erbracht werden können.“<sup>23</sup> Die Aufnahme einer Zukunftssicherheits-Klausel ist eine weitere TiSA-Maßnahme, das Recht auf Regulierung deutlich weiter einzuschränken, als dies unter GATS möglich wäre. Diese Klausel wurde auch als „quasi automatische Liberalisierung neuer Dienstleistungen definiert, die im Laufe der Zeit auf den Markt kommen könnten.“<sup>24</sup> Damit verlieren die Staaten die Möglichkeit zu entscheiden, ob sie auf nationaler Ebene die Kapazitäten zur Entwicklung dieser Dienstleistung aufbauen wollen oder ob sie von öffentlichen oder gemeinnützigen Anbietern erbracht werden soll. Darüber hinaus möchten Staaten sicherlich auch die Möglichkeit haben, bestimmte Angebote wie Online-Glücksspiele komplett zu verbieten, anstatt dazu gezwungen zu werden, ausländischen und inländischen Unternehmen die gleichen Rechte zur Erbringung dieser Dienstleistung zu gewähren.

Die Aufnahme der Stillhalte-, Ratchet- und Zukunftssicherungs-Klauseln in TiSA geht Hand in Hand

mit der Beseitigung des GATS-Artikels, der Ländern die Rücknahme von Verpflichtungen gestattet. In GATS-Artikel XXI heißt es: „Ein Mitglied kann eine Verpflichtung in seiner Liste jederzeit ändern oder zurücknehmen“, wenn es als Ersatz andere Verpflichtungen verhandeln kann, die den Anforderungen an die WTO-Mitgliedschaft entsprechen. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass sowohl die USA als auch die Europäische Kommission, deren Handelsbeauftragte diese Klausel unbedingt aus dem TiSA-Abkommen streichen wollen, ausgerechnet die WTO-Mitglieder sind, die diese in GATS festgelegte Flexibilität genutzt haben, um Verpflichtungen zurückzunehmen.<sup>25</sup> Die USA sind versehentlich eine Verpflichtung zu grenzüberschreitendem Glücksspiel unter GATS eingegangen, haben aber die in GATS-Artikel XXI genannten Änderungs- und Rücknahmebestimmungen genutzt, um einen Ausstieg aus dieser Verpflichtung zu verhandeln. Die Europäische Kommission hat ihre Verpflichtungen geändert, um die Erweiterung der Europäischen Union zu bewältigen.

**„TiSA soll dafür sorgen, dass „alle neuen Dienstleistungen, die aufgrund technologischer Innovationen in einer unter das Abkommen fallenden Kategorie gehandelt werden können, ohne weitere Verhandlungen erbracht werden können.“**

Nach Inkrafttreten von TiSA werden Staaten keine Möglichkeit mehr haben, Verpflichtungen zur Marktöffnung zurückzunehmen. Das wird auch dann nicht mehr möglich sein, wenn diese Verpflichtungen versehentlich erfolgt sind oder unvorhersehbare oder negative Folgen haben und anderen TiSA-Mitgliedern Ausgleichsmaßnahmen in Aussicht gestellt werden. Der Top-Down-Ansatz, der für das Gebot der Inländerbehandlung verwendet wird, erhöht in erheblichem Maße das Risiko des Eingehens von Verpflichtungen, die Länder letztlich lieber wieder zurücknehmen würden.



# EINSCHRÄNKUNG DER REGULIERUNGS- AUTONOMIE VON STAATEN



FRÉDÉRIC POIROT

Die Konzerne machen aus ihren hohen Erwartungen hinsichtlich der Deregulierungswirkungen von TiSA keinen Hehl und sind zuversichtlich, dass dieses Abkommen zur Beseitigung von Regulierungen führt ungeachtet der Frage, ob diese ausländische Unternehmen diskriminieren oder nicht. So erwartet die amerikanische *National Retail Federation*, die Lobbyarbeit für transnationale Einzelhandelsketten betreibt, dass die *Really Good Friends of Services* sich dafür einsetzen, dass:

*„ Regelwerke gelockert werden, die Auswirkungen auf den Einzelhandel haben einschließlich der Größeneinschränkung von Verkaufsflächen und der Öffnungszeiten, die zwar **nicht unbedingt diskriminierend** sind, aber doch die Fähigkeit großer Einzelhandelsunternehmen beeinträchtigen, wirtschaftlich zu arbeiten...[eigene Hervorhebung]“<sup>26</sup>*

Es ist nicht nachvollziehbar, was diese Deregulierungsforderung der Wirtschaft mit dem Handel zu tun hat. Zwar gibt es Vorschriften für die Öffnungszeiten und die Verkaufsfläche gleichermaßen sowohl für örtliche als auch transnationale Einzelhandelsgeschäfte, aber internationale Einzelhandelsketten wollen hier eine Lockerung aus dem einzigen Grund, dass ihnen die Auswirkungen auf ihre Geschäfte nicht gefallen.

Walmart hat den Standpunkt eingenommen, dass TiSA nicht nur Einschränkungen der Verkaufsfläche und der Öffnungszeiten beseitigen sollte, sondern auch hinsichtlich der „geographischen Standorte“ – ein direkter Angriff auf die Möglichkeit von Kommunen, eigene Bebauungs- und Flächennutzungspläne zu erstellen.<sup>27</sup> Das öffentliche Interesse an fußgängerfreundlichen Stadtteilen mit wenig Lärm und ohne negative Auswirkungen auf ArbeitnehmerInnen infolge verlängerter Öffnungszeiten, der Erhalt historisch und kulturell wertvoller Gebiete und andere Erwägungen könnten von den Really Good Friends den kommerziellen Interessen von Walmart geopfert werden.

Wie könnte TiSA diese Deregulierungsziele im Interesse der transnationalen Dienstleistungslobby erreichen? Die bestehenden GATS-Verpflichtungen der Inländerbehandlung und des Marktzugangs, die auch Bestandteil von TiSA werden sollen<sup>28</sup>, liefern keine wasserdichten juristischen Argumente für die Anfechtung von Vorschriften für Bebauungspläne und Flächennutzung. Allerdings werden im Rahmen der GATS- und der TiSA-Gespräche neue Gründe für die Abschaffung von Regelwerken verhandelt. Dass TiSA die Länder dazu zwingen soll, das größtmögliche Maß an Marktöffnungsverpflichtungen einzugehen, könnte zu einer radikalen Deregulierung nach den Zielvorstellungen der Unternehmenslobbyisten führen. Die Verpflichtung zur Inländerbehandlung und zum Marktzugang könnte zum Auslöser für zahlreiche neue Einschränkungen der Regulierungsautonomie werden.

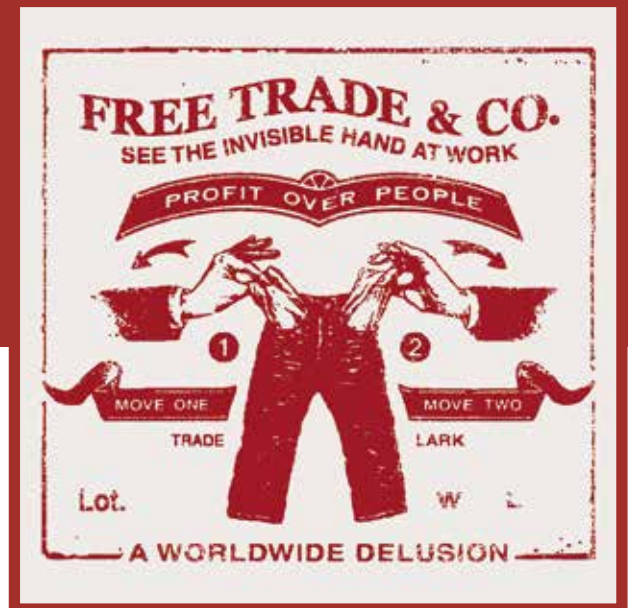
Die Auferlegung neuer und rechtsverbindlicher Restriktionen für nicht-diskriminierende nationale Regulierungsmaßnahmen ist ein kontroverser Aspekt der GATS-Verhandlungen. Die WTO-Delegationen streiten auf sehr undiplomatische Weise darüber, wie strikt diese GATS-Disziplinen sein sollten.<sup>29</sup> Jeder der Vorschläge auf dem Tisch würde aber das Recht auf Regulierungsautonomie beeinträchtigen.<sup>30</sup>

Die TiSA-Verhandlungsdelegationen haben sich ebenfalls darauf geeinigt, auch „Diskussionen über neue und erweiterte Disziplinen im Hinblick auf die nationale Regulierung von Dienstleistungen als Teil jeder zukünftigen Vereinbarung zu führen“<sup>31</sup>, und die Konzerne setzen bei ihrer Lobbyarbeit alles daran, dass sich die TiSA-Vorschriften für die nationale Regulierung an dem Vorbild der am extremsten formulierten Vorschläge der GATS-Verhandlungen orientieren. Wenn TiSA außerdem wie geplant<sup>32</sup> im WTO-System verankert wird, könnten im Rahmen von GATS verhandelte Disziplinen im Hinblick auf die nationale Regulierung auf alle die umfangreichen Verpflichtungen für Marktzugang und Inländerbehandlung angewandt werden, wie sie in TiSA eingegangen wurden. Im Entwurf der GATS-Disziplinen für die nationale Regulierung heißt es:

**„Diese Disziplinen gelten für Maßnahmen der Mitgliedstaaten im Bereich der Lizenzanforderungen und –verfahren, der Qualifizierungsanforderungen und –verfahren sowie der technischen Normen, die Einfluss auf den Handel mit Dienstleistungen haben, für die spezielle Verpflichtungen eingegangen werden [eigene Hervorhebung].“<sup>33</sup>**

Der Umfang der betroffenen Regulierungen könnte erheblich sein. Nach dem amerikanischen WTO-Botschafter Michael Punke ist der Standard für die TiSA-Verpflichtungen „der größte gemeinsame Nenner“ von Verpflichtungen in jedem der von den *Really Good Friends of Services* abgeschlossenen Abkommen<sup>34</sup>. Wenn man nur einige der bestehenden GATS-Verpflichtungen betrachtet und die bilateralen „GATS Plus“-Abkommen gar nicht mit berücksichtigt, dann bedeutet dieser Standard wohl, dass die *Really Good Friends of Services* Deregulierungsmaßnahmen in extrem sensiblen Dienstleistungssektoren vornehmen müssen. Wenn zum Beispiel die GATS-Verpflichtungen eines beliebigen Teilnehmers der TiSA-Verhandlungen als Maßstab gelten, dann müssen die *Really Good Friends* die Primär- und Sekundärausbildung nach dem Vorbild Panamas<sup>35</sup>, Krankenhausdienstleistungen und medizinische Versorgung nach dem Vorbild der Türkei<sup>36</sup>, die gesamte Bauwirtschaft einschließlich des Baus von Schulen, Krankenhäusern und Straßen nach dem Vorbild Taiwans<sup>37</sup> und den gesamten Bereich Film, Radio, Fernsehen, Theater, Büchereien und Museen nach dem Vorbild der USA der Marktöffnungsverpflichtung unterwerfen.

# DURCHSETZUNG DER DEREGULIERUNG



CHRISTOPHER DOMBRES

Warum greifen Handelsabkommen inzwischen in Bereiche wie die nicht-diskriminierende Regulierung ein, die mit dem Handel nichts zu tun haben? Bei den modernen Handels- und Investitionsabkommen geht es nicht mehr so sehr um die Abschaffung von Zöllen, sondern vielmehr um einen Angriff auf die politische Entscheidungsautonomie von Staaten innerhalb ihrer eigenen Grenzen. Bei der Erklärung der Frage, warum TiSA „keine Handelsagenda im herkömmlichen Sinn ist“, argumentierte Jonathan Kellner, bis vor kurzem ein leitender US-Handelsbeauftragter, dass „unterschiedliche regulatorische Belastungen, aufgezwungene Lokalisierungsmaßnahmen, Einflussnahme und Kontrolle der Regierungen sowie Beschränkungen des grenzüberschreitenden Datenaustausches“ inzwischen die Hauptsorgen transnationaler Unternehmen seien. Kellner erklärt, aus diesem Grunde würden sich die „Länder, die über ein Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen verhandelten, in erster Linie mit Regulierungsthemen befassen.“<sup>38</sup>

„ Bei den modernen Handels- und Investitionsabkommen geht es nicht mehr so sehr um die Abschaffung von Zöllen, sondern vielmehr um einen Angriff auf die politische Entscheidungsautonomie von Staaten innerhalb ihrer eigenen Grenzen.“

Da sowohl GATS als auch TiSA die Gründung von Dienstleistungsunternehmen im Ausland als eine Form des Handels definieren, wird auch die Regulierungspolitik der Staaten gegenüber diesen Unternehmen, die sich dort niederlassen, zu einem handelsbezogenen Diskussionspunkt. Die Verhandlungsführer bei

den Handelsgesprächen haben die Vollmacht, die Deregulierung komplexer Sektoren auszuhandeln, ohne dass sie dafür unbedingt das Fachwissen haben. Wie die Befürworter von TiSA erklärt haben, profitieren sowohl die inländischen als auch die ausländischen Unternehmen von der Änderung der Regulierungsrahmen, die durch die Abkommen über den Dienstleistungshandel durchgesetzt werden.<sup>39</sup>

Je nachdem, auf welche Formulierung für die Disziplinen sich letztlich geeinigt wird, könnten WTO-Panels eine GATS-Verletzung durch Regulierungen damit begründen, dass diese „unnötig“, für Unternehmen „übermäßig belastend“, nicht „relevant“ oder nicht „objektiv“ sind und dass sie ohne ausreichende Mitwirkung ausländischer Unternehmen vorgeschrieben wurden, oder mit jeder Menge anderer Begründungen, die in den Entwürfen der Disziplinen genannt werden<sup>40</sup>. Da die neuen regulatorischen Disziplinen die Folgen eingegangener GATS-Verpflichtungen auf eine nicht zu prognostizierende Weise vergrößern würden, hat dies Staaten dazu veranlasst, einen Rückzieher bei den Liberalisierungsverpflichtungen zu machen, die sie bereit sind einzugehen. Brasilien berichtet, dass es „einen unbestreitbaren Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit der Regulierer mit nationalen Regelungen und der Bereitschaft zur Vorlage von Angeboten in Verhandlungen über den Marktzugang gibt.“<sup>41</sup>

Die Regulierungskategorien, für die GATS-Disziplinen gelten, sind so weit definiert, dass praktisch alle Regelungen davon betroffen sind, da sie sich auf alles im „Umfeld“ von Lizenzierung, Qualifizierung und Normen beziehen. Um eine konkrete Vorstellung davon zu bekommen, was auf dem Spiel steht, ist die Lektüre eines WTO-Berichts mit Beispielen von Regulierungen zu empfehlen, die einen Verstoß gegen die Disziplinen darstellen könnten. Zu den aufgezählten Beispielen möglicher Verstöße zählen Maßnahmen wie Lizenzierungs- und Qualifizierungsanforderungen, die sich in den der nationalen Ebene nachgeordneten oder regionalen Strukturen unterscheiden, „nicht relevante“ oder „belastende“ sprachliche Anforderungen, Gebührenbegrenzungen für Dienstleistungen, Einschränkungen der Sprachregelungen, Baubeschränkungen und Vorgaben bei den Öffnungszeiten, „kostenintensive“ Lizenzgebühren und „unangemessen hohe“ Umwelt- und Sicherheitsstandards.<sup>42</sup>

Welches Land hat wohl nicht zumindest einige Regulierungen, die in diese Kategorie fallen und die als Verletzung der Disziplinen angesehen werden können? Das gilt besonders dann, wenn umfassende neue Dienstleistungssektoren verpflichtet werden entsprechend den Möglichkeiten im Rahmen der TiSA-Verhandlungsstruktur, die die Anwendung der Disziplinen in Gang setzen.

**„ Die Verhandlungsführer bei den Handelsgesprächen haben die Vollmacht, die Deregulierung komplexer Sektoren auszuhandeln, ohne dass sie dafür unbedingt das Fachwissen haben.“**

# WER ENTSCHIEDET, DASS VORSCHRIFTEN „UNNÖTIG“ ODER „UNANGEMESSEN“ SIND?



Die für die GATS-Verhandlungen auf den Tisch gelegten Vorschläge würden zahlreiche Gründe für die Anfechtung inländischer Regelungen liefern einschließlich der Unterstellung, sie seien „unnötig“ oder „unangemessen“. Wenn einer Erforderlichkeitsprüfung zugestimmt wird, wären die WTO-Schiedsgerichte die ultimative Instanz darüber zu entscheiden, ob staatliche Regelwerke für Dienstleistungen wie die Wasserversorgung, Bildung, Gesundheitsdienste und kulturelle Dienstleistungen tatsächlich erforderlich sind, um staatliche Zielsetzungen zu erreichen. Zur Gruppe der *Really Good Friends* gehören einige der vehementesten Verfechter (Österreich und Schweiz), aber auch Gegner (USA und Kanada) einer Erforderlichkeitsprüfung.

Ungeachtet der in den GATS-Verhandlungen geführten kontroversen Diskussionen über die Erforderlichkeitsprüfung betrachten die Befürworter dieser Prüfung TiSA als eine weitere Möglichkeit,

diese Forderung durchzusetzen.<sup>43</sup> Länder wie Chile, Hongkong, Neuseeland, Mexiko und die Schweiz, die am beharrlichsten auf Einführung einer Erforderlichkeitsprüfung in die GATS-Disziplinen bestehen, haben dieses Thema für die TiSA-Gespräche vorgelegt.<sup>44</sup>

Für Unternehmenslobbyisten ist die Erforderlichkeitsprüfung von Regulierungen eine Forderung mit Priorität. So hat die *Global Federation of Insurance Associations* erklärt, TiSA sollte vorschreiben, dass Universaldienstpflichten „für die vom Mitglied definierten Universaldienste nicht mit mehr Belastungen verbunden sein dürfen als erforderlich.“<sup>45</sup>

Universaldienstpflichten stellen sicher, dass arme und unterversorgte Bevölkerungsgruppen wie zum Beispiel die BewohnerInnen ländlicher Regionen Zugang zu Dienstleistungen haben. Eine Erforderlichkeitsprüfung als Teil von GATS oder TiSA könnte dazu führen, dass eine den universalen Zugang zu Dienstleistungen sichernde Regulierung zum Gegenstand einer Handelsklage wird, wenn es für die Wirtschaft weniger aufwandsintensive Alternativen gibt.

„ WTO-Schiedsgerichte würden als ultimative Instanz darüber entscheiden, ob staatliche Regelwerke für Dienstleistungen wie die Wasserversorgung, Bildung, Gesundheitsdienste und kulturelle Dienstleistungen tatsächlich erforderlich sind, um staatliche Zielsetzungen zu erreichen.“

Bei der Entscheidung über die Notwendigkeit einer Regulierung der Universaldienstpflicht würden Schiedsgerichte abwägen, ob das staatliche Ziel der Gewährleistung eines universellen Zugangs zu Dienstleistungen höher zu bewerten ist als eventuelle negative Folgen für den Handel. Dieses Panel würde ebenfalls darüber entscheiden, ob es Alternativen gibt, die für den Handel mit weniger Aufwand verbunden wären und ohne weiteres zur Verfügung stünden und die auch der Staat hätte in Anspruch nehmen können.<sup>46</sup> Staatliche Regulierungen könnten aus diesem Grund bei einer Erforderlichkeitsprüfung durchfallen.

Welche Folgen hätte eine Erforderlichkeitsprüfung der Universaldienstpflicht in der Gesundheitsversorgung? Wenn die Länder der *Really Good Friends*-Gruppe bei der Liberalisierung der Forderung nach dem größten gemeinsamen Nenner nachkommen, müsste für ihre Krankenversicherungen das Marktöffnungsgebot gelten, wie es die USA in ihren GATS-Verpflichtungen bereits vorexerziert haben. Der *Affordable Care Act*<sup>47</sup> der Regierung Obama („Obamacare“) ist ein Beispiel für eine Regelung, die die von der *Global Federation of Insurance Associations* befürwortete Erforderlichkeitsprüfung nicht bestehen könnte. Der *Affordable Care Act* schreibt Normen für die Behandlung einzelner Patienten oder Patientengruppen vor, wobei diese Pflicht auch „essenzielle Gesundheitsleistungen“ wie die Behandlung schwangerer Frauen und Neugeborener beinhaltet, im Allgemeinen eine kostenintensive Patientengruppe.<sup>48</sup> Obamacare schreibt ebenfalls vor, dass Krankenversicherungen Patienten mit Vorerkrankungen nicht ablehnen dürfen.<sup>49</sup>

Zwar könnte ein Schiedsgericht das Ziel der US-Regierung, auch bisher nicht versicherten US-BürgerInnen eine Krankenversicherung zu ermöglichen, als wichtiges Vorhaben anerkennen. Die

Standards des *Affordable Care Acts* könnten aber als zu belastend für die Wirtschaft angesehen werden im Lichte alternativer Möglichkeiten, die die USA ebenfalls hätten nutzen können. Gruppen wie die *Heritage Foundation* haben argumentiert, es gebe marktfreundlichere Alternativen zu diesem Gesetz. Die *Heritage Foundation* hat pauschale Steuergutschriften vorgeschlagen, mit denen sich jeder eine Krankenversicherung auf dem freien Markt kaufen kann.<sup>50</sup> Wenn TiSA eine Erforderlichkeitsprüfung für nicht-diskriminierende Regulierungen vorschreibt, wie dies die Versicherungsbranche fordert, bekommen Schiedspanels damit die Entscheidungsmacht darüber, über welche Optionen Länder in kritischen Bereichen wie der Gesundheitsversorgung verfügen können.

Auch die Entwicklungsländer können nicht damit rechnen, besser gestellt zu werden als OECD-Mitglieder, wenn gegen die bei ihnen geltenden Regulierungen eine Handelsklage angestrengt wird. WTO-Schlichtungspanels sollen zwar theoretisch die spezielle Problematik in Entwicklungsländern berücksichtigen, in der Praxis bestehen sie jedoch darauf, dass die Regulierungen in diesen Ländern den in Handelsabkommen unterzeichneten Verpflichtungen entsprechen müssen.

„ Der Affordable Care Act der Regierung Obama („Obamacare“) ist ein Beispiel für eine Regelung, die die von der Global Federation of Insurance Associations befürwortete Erforderlichkeitsprüfung nicht bestehen könnte.“

Um eine auf Grundlage der GATS-Disziplin für die Regulierung des Telekommunikationsmarktes eingereichte US-Klage abzuwehren, hat Mexiko gegenüber dem Panel geltend gemacht, es müsse die besondere Situation Mexikos als Entwicklungsland berücksichtigt werden, damit ein universeller Zugang zu den Telekommunikationsdiensten und die Verbesserung der Netze gefördert werden können.<sup>51</sup> Das WTO-Panel folgte diesem Argument jedoch nicht und stellte fest, dass „im Gegensatz zum Standpunkt Mexikos der allgemeine Zustand der Telekommunikationsindustrie“ und die „Reichweite und Qualität des Netzes“ *nicht relevant* für eine Entscheidung darüber seien, ob eine Regulierung der Zusammenschaltungsgebühren angemessen ist.<sup>52</sup> Das Panel kam zu dem Schluss, dass Mexikos Zusammenschaltungsgebühren weder „angemessen“ noch „erforderlich“ sind.<sup>53</sup>

Wenn Panels zu diesen Schlussfolgerungen gelangen, könnten sich die Handelsbeauftragten überrascht zeigen, dass die Regulierungen ihrer eigenen Länder als Verletzung der Handelsabkommen gelten, die sie selbst ausgearbeitet und erweitert haben. So hat das US Trade Representatives Office die Entscheidung des WTO-Panels gegen das US-Verbot des grenzüberschreitenden Online-Glücksspiels als „schockierend und besorgniserregend“ bezeichnet.<sup>54</sup>

Wenn aber die offensiven Interessen der Exporteure das vorrangige Ziel der Handelsverantwortlichen sind und mit den Vorbehalten und Sorgen der BürgerInnen kurzer Prozess gemacht wird, dann sind unerwarteten Handelsklagen Tür und Tor geöffnet. Auf einer TiSA-Konferenz der transnationalen Dienstleistungslobby 2012 forderte Ron Kirk, der damalige US-Handelsbeauftragte, die Wirtschaft sogar auf, den Staat bei der „Bekämpfung handelsfeindlicher Gruppen“ zu unterstützen.<sup>55</sup> Kirks Missbrauch des Begriffs *Handel* erweckt den Anschein, dass es bei diesen Abkommen um nichts anderes gehe als um Handelsfragen, und fehlinterpretiert Kritik daran in der gleichen Weise.

# SEKTORALE DISZIPLINEN



LAWRENCE OP

Nach Aussage der Europäischen Kommission werden die TiSA-Verhandlungsdelegationen eine Reihe regulatorischer Disziplinen für bestimmte Sektoren einschließlich der Post- und Finanzdienstleistungen entwickeln.<sup>56</sup>

Geht man davon aus, was sich die Lobbyisten der Zustelldienste wünschen, könnten auf die Post- und Kurierdienste erhebliche Veränderungen zukommen. Die Express Association of America, die transnationale Großkonzerne wie UPS und FedEx vertritt, erwartet nach eigener Aussage<sup>57</sup> von TiSA folgende Schritte:

- Beseitigung aller Regelungen zugunsten öffentlicher Postdienste,
- Beseitigung von Lizenzierungsanforderungen für die Anbieter von Expressversandanbietern, und
- Beseitigung der Vorschrift für Expressversandanbieter, Beiträge in einen Universaldienstfonds zu zahlen.

Diese Lobbygruppe erklärt, dass TiSA „die Möglichkeit bietet, die Politik der Verhandlungspartner im Bereich der Postdienste zu überprüfen...“ Angesichts der extremen Geheimniskrämerei im Umfeld der Verhandlungen und der zwingenden Verhandlungsstruktur ist TiSA das falsche Forum für eine Überprüfung einer nationalen Postpolitik. Veränderungen in dem Ausmaß, wie sich die transnationale Expressversandlobby das vorstellt, sollten innerhalb der Legislative debattiert und nicht hinter den geschlossenen Türen der TiSA-Verhandlungen beschlossen werden.

Im Hinblick auf die Finanzdienstleistungen zeigt ein durchgesickerter Entwurf des TiSA-Anhangs zu Finanzdienstleistungen<sup>58</sup>, dass hier die Bestimmungen der Vereinbarung über Verpflichtungen im Bereich der Finanzdienstleistungen<sup>59</sup> weitgehend angenommen werden. Diese Vereinbarung ist ein WTO-Abkommen mit erweiterten Vorschriften und Verpflichtungen zur Liberalisierung von Finanzdienstleistungen, das einige der Mitglieder unterzeichnet haben. Zu den Deregulierungsbestimmungen in der Vereinbarung gehören ein Verbot der Einschränkung von Möglichkeiten ausländischer Anbieter von Finanzdienstleistungen, neue Finanzdienste anzubieten; eine Stillhalteklausele, die nicht-konforme Policen auf den Bestand beschränkt; und eine Forderung an die Unterzeichner der Vereinbarung, alle - auch nicht-diskriminierende - Maßnahmen zu begrenzen oder abzuschaffen, die „die Erbringer von Finanzdienstleistungen aus anderen Mitgliedsländern in ihrer Fähigkeit beeinträchtigen, im Markt des Mitgliedlandes tätig zu werden, dort als Wettbewerber zu handeln oder sich Zugang zu diesem Markt zu verschaffen.“



Kanada hat sich dafür eingesetzt, dass alle *Really Good Friends of Services* die Vereinbarung über Verpflichtungen im Bereich der Finanzdienstleistungen von 1994 annehmen.<sup>60</sup> Kanada sollte hier aber nicht als glaubwürdiger Protagonist der Liberalisierung von Finanzdienstleistungen angesehen werden. Die eigenen Erfahrungen des Landes während der Finanzkrise liefern genügend Argumente gegen eine Liberalisierung. Kanada hält an einer Regulierung mit der Bezeichnung *widely held rule* fest, die das Land vor den Auswirkungen der Vereinbarung über Verpflichtungen im Bereich der Finanzdienstleistungen schützt. Dieses Gesetz, das die von Kanada eingegangenen GATS-Verpflichtungen für Finanzdienstleistungen begrenzt<sup>61</sup>, verhindert einen ernsthaften Wettbewerb im kanadischen Bankensektor durch die Vorschrift, dass Bankenaktiva nicht in nur wenigen Händen konzentriert werden dürfen. Es wurde auch schon als regulatorische „Giftpille“ bezeichnet, die ausländischen Banken den Zugang zum kanadischen Markt de facto verwehrt, da sie keine inländischen Banken übernehmen können und damit auch nicht das landesweite Filialnetz.

Analysten des IWF kommen in ihrer Studie über die Gründe, warum Kanada die Finanzkrise von 2008 relativ unbeschadet überstanden hat, zu dem Schluss, dass in der Tat solche Zugangsbarrieren für die relative Stabilität der Finanzmärkte während der Krise gesorgt haben. Im IWF-Bericht heißt es, dass „ein beschränkter Wettbewerb von außen den Druck verringert, Marktanteile zu verteidigen oder zu gewinnen und damit auch die Risikobereitschaft weniger stark ausgeprägt ist.“<sup>62</sup> Ergebnisse wie diese gehen den Handelszirkeln aber gegen den Strich und werden nicht debattiert. Auf diese Weise kann Kanada weiterhin anderen Ländern die Liberalisierung der Finanzmärkte empfehlen, den eigenen Bankensektor aber weitgehend abschotten.

Der Entwurf des TiSA-Anhangs über Finanzdienstleistungen geht über die Vereinbarung über Verpflichtungen im Bereich der Finanzdienstleistungen hinaus. Die USA haben vorgeschlagen, die Finanzregulierung zusätzlich um äußerst strikte „Transparenzforderungen“ zu erweitern. Damit wären Staaten nicht nur in der Pflicht, ihre Finanzregelungen publik zu machen, sondern sie müssten TiSA-Mitglieder und private Interessengruppen bereits im Vorfeld über geplante Finanzregulierungen unterrichten und deren Kommentare zur Kenntnis nehmen. Die Regierungen müssten die vorgelegten Kommentare schriftlich beantworten. Solche Vorschriften wären besonders nützlich für transnationale US-Finanzkonzerne, die wesentlich besser in der Lage wären als die Banken in Entwicklungsländern, Interventionsmöglichkeiten zu nutzen. Ein anderer US-Vorschlag würde als Standard eine 120-Tage-Frist für TiSA-Mitglieder zur Genehmigung von Anträgen auf die Erbringung von Finanzdienstleistungen festsetzen – eine Vorgabe, die besonders Entwicklungsländer kaum einhalten können. Dies wäre wohl nur machbar, wenn die Prüfung der Anträge in lediglich oberflächlicher Weise erfolgte.

Abgesehen von Post- und Finanzdienstleistungen arbeiten die TiSA-Verhandlungsdelegationen angeblich auch an Disziplinen für Telekommunikation, E-Handel, Seetransport, Luftverkehr und Straßentransport, professionelle Dienstleistungen und Energiedienstleistungen. Nach Aussage von Scott Sinclair und Hadrian Mertins-Kirkwood „ist TiSA auch explizit als sich ständig weiterentwickelndes Abkommen ausgelegt, das den Verhandlungsparteien das Mandat gibt, neue regulatorische Blaupausen für neue Sektoren in einer weit entfernten Zukunft zu entwickeln.“<sup>63</sup>

„ Solche Vorschriften wären besonders nützlich für transnationale US-Finanzkonzerne.“

# POTENZIELLE AUSWIRKUNGEN AUF DEN DATENSCHUTZ



KOE B

Stillhalte-, Ratchet- und Zukunftssicherungsklauseln, Negativlisten bei der Inländerbehandlung und die Beseitigung der Möglichkeit zur Rücknahme von Verpflichtungen – TiSA würde mit diesen Bestimmungen das liefern, was transnationale Konzerne erwarten, nämlich die Sicherheit, dass niemals eine Regulierung stattfindet, die ihre Gewinne schmälern würde. Die Hindernisse, die diese Klauseln aber für Regeln zur Gewährleistung des Datenschutzes errichten würden, verdeutlichen, warum sie nicht im öffentlichen Interesse sind.

Ein wichtiger Punkt der US-Verhandlungsposition in den TiSA-Gesprächen, der auch bei der US-Handelskammer<sup>64</sup> höchste Priorität hat, sind Maßnahmen gegen Initiativen, die eine Lokalisierung der Datenspeicherung und eine Einschränkung grenzüberschreitender Datenströme und Datenverarbeitung vorsehen. Unternehmen aus dem Bereich der Cloud-Technologie sind meistens in den USA beheimatet, und US-Firmen dominieren generell den Sektor der Informations- und Kommunikationstechnologie.

**„ Transnationale Konzerne erwarten die Sicherheit, dass keine Regulierung jemals ihre Gewinne schmälert.“**

Lobbyisten der US-Finanz- und Wertpapierfirmen wollen in TiSA eine „Erforderlichkeitsprüfung“ für Datenschutzregelungen durchsetzen: „Das Abkommen sollte eine Verpflichtung enthalten, dass im Falle eines Gesetzes, einer Maßnahme oder einer Praxis einer zuständigen Behörde, die die grenzüberschreitende Datenübertragung oder Datenverarbeitung einschränkt, diese Behörde den Nachweis erbringen muss, dass diese Einschränkung keine vermeidbare Beschränkung des Handels oder von Investitionen ist und dass keine Alternativen zur Verfügung stehen, um die Identität des Kunden zu schützen, den Datenschutz zu gewährleisten oder Aufsichtsaufgaben wahrzunehmen.“<sup>65</sup> Eine solche TiSA-Klausel würde es den Staaten auferlegen, der Wirtschaft genehme Regelungen zum Datenschutz vorzulegen.

Die Forderungen ausländischer Regierungen, dass Daten auf Servern in ihrem eigenen Land gespeichert werden müssen, werden von US-Unternehmen aus der Versicherungs-, Software- und

Kreditkartenbranche massiv kritisiert. Die Lobbygruppe argumentiert, dass die Lokalisierung der Datenspeicherung „zusätzliche Kosten und operativen Mehraufwand für Versicherungsanbieter nach sich zieht und im Konflikt mit Vereinbarungen über Datenoutsourcing, Offline-Backoffice-Aktivitäten und Cloud-Computing steht. Sie dienen keinen aufsichtsrechtlichen Zwecken, die nicht auch durch weniger aufwandsintensive Maßnahmen erreicht werden könnten.“<sup>66</sup>

In vielen Ländern gibt es jedoch Bedenken wegen der unzureichenden Datenschutzbestimmungen in den USA. Nach den Enthüllungen von Edward Snowden über die exzessive Ausspionierung persönlicher Daten in unterschiedlichsten Bereichen und die Ausspähung der Telefonate und E-Mails der brasilianischen Präsidentin hat die brasilianische Regierung jetzt Überlegungen angekündigt, von Google und Facebook die Einrichtung von Datenspeicherzentren in Brasilien zu fordern.<sup>67</sup>

Einige kanadische Provinzen wollen, dass elektronische Krankenakten innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs gespeichert werden müssen. Leitlinien zur Erfüllung der Datenschutzanforderungen der Provinzen weisen darauf hin, dass US-Unternehmen, die einen Auftrag zur Verwaltung elektronischer Krankenakten erhalten, durch den *U.S. Patriot Act* dazu aufgefordert werden können, vertrauliche Informationen offenzulegen. Klauseln in Verträgen mit IT-Unternehmen, die die Weitergabe von Informationen aus privaten Krankenakten verbieten oder eine Benachrichtigung der kanadischen Behörden verlangen, wenn die US-Regierung solche Informationen anfordert, werden durch den *Patriot Act* außer Kraft gesetzt.<sup>68</sup>

Die Stillhalteklausele in TiSA würde bedeuten, dass jede Vorschrift über die lokalisierte Datenspeicherung, die zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens noch nicht in Kraft war, ein Verstoß gegen das Abkommen wäre unabhängig davon, ob ein Land eine Verpflichtung in Bereichen wie der grenzüberschreitenden Verwaltung von Gesundheitsdaten eingegangen ist. Die Ratchet-Klausel in TiSA würde bedeuten, dass die durch eine Regierung veranlasste Lockerung der Vorschriften für den Datenschutz durch die nächste gewählte Regierung nicht wieder rückgängig gemacht werden kann. Die Einführung von Gesetzen durch eine andere TiSA-Partei, die zu einer Gefährdung des Datenschutzes wie zum Beispiel durch den Erlass des Patriot Acts in den USA geführt haben, könnten in ihrer Wirkung durch die Rücknahme oder Änderung von TiSA-Verpflichtungen nicht korrigiert werden. Ausnahmen für den Datenschutz im Abkommen könnten einer Erforderlichkeitsprüfung unterzogen werden mit der Folge, dass Staaten von WTO-Panels dazu aufgefordert werden, „weniger aufwändige“ Verfahren als die lokalisierte Datenspeicherung einzusetzen.

**„ Lobbyisten der US-Finanz- und Wertpapierfirmen wollen eine TiSA-Klausel, die es den Staaten auferlegt, der Wirtschaft genehme Regelungen zum Datenschutz vorzulegen.“**

# SCHLUSSFOLGERUNG



DREW MAUGHAN

Der TiSA-Gipfel 2012 der *Coalition of Services Industries* zeigt wie unter einer Lupe die Schwachstellen dieses Abkommens. Die Delegierten der Handelsministerien saßen in einem Panel, das von einem FedEx-Manager moderiert wurde, und nickten alle TiSA-Klauseln ab, die die Unternehmenslobby fordert – Stillstands- und Ratchet-Klausel, Liberalisierung auf Grundlage der weitestgehenden Handelsabkommen und einen schnellen Abschluss der Verhandlungen. Der Botschafter Neuseelands bedankte sich sogar bei der US-Wirtschaft für ihre Forcierung der Verhandlungen. Der US-Botschafter erklärte, dass es bei den auf der Lobbyistenkonferenz anwesenden Verhandlungsdelegationen einen solch großen Konsens gebe, dass man sich gleich an die Bar setzen und das Abkommen dort unterzeichnen könnte.<sup>69</sup>

Der mexikanische Botschafter Fernando De Mateo erklärte abschließend:

„Der eigentliche Kampf findet oft in unseren eigenen Hauptstädten statt, nicht in Genf, denn wir müssen unsere Regulierer mit an Bord nehmen, wenn wir schnelle Fortschritte erzielen wollen. Die Wirtschaft kann dies in Gesprächen unterstützen.“

Damit wird die Wirtschaftslobby im Prinzip aufgefordert, die Regulierungsbehörden unter Druck zu setzen, damit sie sie Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen von TiSA auf das öffentliche Interesse gar nicht erst zur Sprache bringen.

TiSA ist ein bedeutender Schritt in Richtung des Prioritätsziels der *Coalition of Services Industries*, „Investitionen in Dienstleistungen und die Erbringung von Dienstleistungen in einem transnationalen Maßstab den Grundsätzen der freien Marktwirtschaft unterzuordnen“. Regierungen, die durch Unterzeichnung des TiSA-Abkommens Mitglied der Gruppe der *Really Good Friends* werden, sollten sich genau überlegen, ob sie ein solches Maß an politischer Einflussnahme durch Wirtschaftsunternehmen wünschen.

„Regierungen, die durch Unterzeichnung des TiSA-Abkommens Mitglied der Gruppe der *Really Good Friends* werden, sollten sich genau überlegen, ob sie ein solches Maß an politischer Einflussnahme durch Wirtschaftsunternehmen wünschen.“



# ENDNOTEN

1. Australia, Canada, Chile, Chinese Taipei (Taiwan), Colombia, Costa Rica, European Union, Hong Kong, Iceland, Israel, Japan, Liechtenstein, Mexico, New Zealand, Norway, Pakistan, Panama, Paraguay, Peru, South Korea, Switzerland, Turkey, and the United States make up the Really Good Friends of Services.
2. Die Gruppe „Friends of Services“ wurde in den 1990er Jahren von der G20-Gruppe der Industrienationen gegründet, um sich bei der WTO für die Liberalisierung des Dienstleistungssektors einzusetzen. Die Gründung dieser Lobbygruppe wird von Amrita Narlika in ihrem Aufsatz „Inter-State Bargaining Coalitions in Services Negotiations: Interests of Developing Countries“ beschrieben, der 1999 auf dem World Services Congress präsentiert wurde. „Friends of ...“-Gruppen wurden im Kontext der GATS-Verhandlungen gegründet, um die Liberalisierung in bestimmten Sektoren zu forcieren.
3. Hufbauer, G; Jensen, B.; Stephenson, S. 'Framework for the International Services Agreement', Peterson Institute for International Economics, Policy Brief Brief Number pb 12 - 10, p. 16.
4. Testimony, Coalition of Services Industries, 12 March 2013, response to USTR 'Request For Comments On An International Services Agreement' Docket Number: USTR-2013-0001. Online at: <http://www.regulations.gov/#!documentDetail;D=USTR-2013-0001-0043>.
5. Testimony, Walmart, 'Walmart ISA Comments 2013', response to USTR 'Request For Comments On An International Services Agreement' Docket Number: USTR-2013-0001. Online at: <http://www.regulations.gov/#!documentDetail;D=USTR-2013-0001-0028>
6. Auch wenn die Verhandlungen zu keinem Abkommen führen, bleiben die Verhandlungsunterlagen für fünf Jahre unter Verschluss. Der an die Öffentlichkeit gelangte TiSA-Anhang über Finanzdienstleistungen legt fest, dass die US-Regierung diese Unterlagen erst „fünf Jahre nach Inkrafttreten des TiSA-Abkommens oder – falls kein Abkommen in Kraft tritt - fünf Jahre nach Ende der Verhandlungen zur Veröffentlichung freigeben wird. Siehe: <https://wikileaks.org/tisa-financial/WikiLeaks-secret-tisa-financial-annex.pdf>
7. Sinclair, S.; Mertins-Kirkwood, H. „TiSA contra öffentliche Dienste“, CCPA, April 2014. Online unter: <https://www.world-psi.org/en/psi-special-report-tisa-versus-public-services>
8. Marrakesh Agreement Establishing the World Trade Organization, Online at: [http://www.wto.org/english/res\\_e/booksp\\_e/analytic\\_index\\_e/wto\\_agree\\_01\\_e.htm](http://www.wto.org/english/res_e/booksp_e/analytic_index_e/wto_agree_01_e.htm)
9. US Trade Representative Ron Kirk, Remarks to the Coalition of Service Industries 2012 Global Services Summit, 19 September 2012
10. WTO, 'United States – Measures Affecting the Cross-border Supply Of Gambling And Betting Services – Report of the Panel', WTO document WT/DS285/R, 10 November 2004. In April 2005, the WTO Appellate Body upheld the panel's decision that US laws prohibiting remote gambling violate its market access commitments.
11. Ibid, para. 3.146
12. Ibid, para 6.316.
13. Entsprechend den Rechtsvorschriften über die Transparenz von Handelsverhandlungen hat die Schweizer Regierung ihr erstes TiSA-Angebot online gestellt; es entspricht einem Top-Down-Modell im Hinblick auf die Inländerbehandlung. Das Angebot ist hier einsehbar: <http://www.seco.admin.ch/themen/00513/00586/04996/index.html?lang=de>
14. TiSA kann die gleiche Ausnahmeregelung wie GATS für „in Ausübung hoheitlicher Gewalt erbrachte Dienstleistungen“ beinhalten, aber diese Ausnahmeregelung ist so eng gefasst (sie bezieht sich

z.B. nicht auf öffentliche Dienste, für die es privatwirtschaftlichen Wettbewerb gibt), dass sie für öffentliche Dienste nur einen unsicheren Schutz bietet.

15. FedEx, response to USTR 'Request For Comments On An International Services Agreement' Docket Number: USTR-2013-0001. 21 January 2013. Online at <http://www.regulations.gov/#!documentDetail;D=USTR-2013-0001-0007>.
16. Testimony, Coalition of Service Industries, 12 March 2013, response to USTR 'Request For Comments On An International Services Agreement' Docket Number: USTR-2013-0001. Online at: <http://www.regulations.gov/#!documentDetail;D=USTR-2013-0001-0043>
17. Pruzin, Daniel. 'Officials Cite Agreement on Elements For 'Architecture' of Future Services Deal', WTO Reporter, 9 October 2012.
18. Property Casualty Insurers, submission to the USTR, 28 February 2013, response to USTR 'Request For Comments On An International Services Agreement' Docket Number: USTR-2013-0001.
19. Pruzin, Daniel. 'TISA Round Sees Progress on Proposals, Commitments to Make Market Access Offers', WTO Reporter, 12 November 2013.
20. Battle looms over liquor monopoly", Norway's News in English, 16 June 2014.
21. Hufbauer, G; Jensen, B.; Stephenson, S. 'Framework for the International Services Agreement', Peterson Institute for International Economics, Policy Brief Number pb 12 - 10, p. 22.
22. Sarah Thorn, Senior Director Federal Government Relations. Letter to the Office of the US Trade Representative re International Services Agreement. 26 February 2013. Online at: <http://www.regulations.gov/contentStreamer?objectId=090000648120a748&disposition=attachment&contentType=pdf>
23. Testimony, Coalition of Services Industries, 12 March 2013, response to USTR 'Request For Comments On An International Services Agreement' Docket Number: USTR-2013-0001. Online at: <http://www.regulations.gov/#!documentDetail;D=USTR-2013-0001-0043>.
24. Adlung, R. and Mamdouh, H. 'How To Design Trade Agreements In Services: Top Down Or Bottom Up?', WTO Staff Working Paper ERSD-2013-08, 18 June 2013.
25. WTO, 'Negotiations Under Article XXI Of The General Agreement On Trade In Services', Documents S/Secret/8, S/Secret/9, and S/Secret/10.
26. National Retail Federation. 'Comments of the National Retail Federation regarding International Services Agreements: Request for Comments and Notice of Public Hearing', 26 February 2013. Online at: <http://www.regulations.gov/#!documentDetail;D=USTR-2013-0001-0050>.
27. Sarah Thorn, Senior Director Federal Government Relations. Letter to the Office of the US Trade Representative re International Services Agreement. 26 February 2013. Online at: <http://www.regulations.gov/contentStreamer?objectId=090000648120a748&disposition=attachment&contentType=pdf>
28. Pruzin, Daniel. 'Australia Reports Agreement on Framework For Talks on Global Services Trade Next Year', WTO Reporter, 7 December 2012. According to Australia's WTO Ambassador, 'The text of the main body of the agreement will be based on the GATS. Specific GATS articles, in particular Article I (Scope and Definition), Articles XIV and XIV bis (General and Security Exemptions), Article XVI (Market Access), Article XVII (National Treatment), and Article XXVIII (Definitions) are among those proposed for incorporation.'
29. See, for example, what was said at the 23 March 2011 meeting of the GATS Working Party on Domestic WTO Document S/WPDR/M/49. Available online at: [https://docs.wto.org/dol2fe/Pages/FE\\_Search/FE\\_S\\_S001.aspx](https://docs.wto.org/dol2fe/Pages/FE_Search/FE_S_S001.aspx)

30. Stumberg, R. 'GATS Negotiations on Domestic Regulation: A Plain Language Guide', Harrison Institute for Public Law, Georgetown University 19 May 2010. Available online at: [http://www.boell.org/downloads/Stumberg\\_-\\_Guide\\_to\\_GATS\\_Dom\\_Reg\\_5-19-10.pdf](http://www.boell.org/downloads/Stumberg_-_Guide_to_GATS_Dom_Reg_5-19-10.pdf)
31. Pruzin, Daniel. 'Negotiators Eye Early-December Deal On Framework for Global Services', WTO Reporter, 13 November 2012.
32. So signifikant die Auswirkungen von TiSA als eigenständiges Abkommen auch sein mögen, so dürften die umfassenden Folgen erst dann deutlich werden, wenn es im Rahmen der WTO „multilateralisiert“ wird. Nach Aussagen der Europäischen Kommission wird TiSA die gleichen Konzepte wie GATS nutzen, so dass es „problemlos in den Geltungsbereich von GATS überführt werden kann.“
33. WTO, 'Negotiations on Trade in Services - Report by the Chairman, Ambassador Fernando de Mateo, to the Trade Negotiations Committee', Document TN/S/36, 21 April 2011, p. 28.
34. Devarakonda, Ravi Kanth. 'An Assault on Multilateral Trade Negotiations.' Inter Press Service, 17 March 2012. Online at: <http://www.ipsnews.net/2012/03/an-assault-on-multilateral-trade-negotiations>
35. WTO, 'Republic of Panama, Schedule of Specific Commitments', Document GATS/SC/124, 1 October 1997.
36. WTO, 'Turkey, Schedule of Specific Commitments, Document GATS/SC/88, 15 April 1994.
37. WTO, 'The Separate Customs Territory of Taiwan, Penghu, Kinmen And Matsu, Schedule of Specific Commitments', Document GATS/SC/136, 15 February 2002.
38. Jonathan S. Kallmer, 'Not Your Father's Trade Agenda: The Evolving Priorities of International Trade and Investment Negotiations', Global Trade and Customs Journal, Volume 8, Issue 7&8, 2013, pps. 253 and 247.
39. Hufbauer, G; Jensen, B.; Stephenson, S. 'Framework for the International Services Agreement', Peterson Institute for International Economics, Policy Brief Number pb 12 - 10, p. 2.
40. Drafts of the disciplines were circulated to WTO members in July 2006, April 2007, January 2008, and March 2009. The most recent draft is appended to: WTO, 'Report by the Chairman, Ambassador Fernando de Mateo, to the Trade Negotiations Committee', 21 April 2011, Document TN/S/36.
41. WTO, Council for Trade in Services Special Session, 'Report Of The Meeting Held On 14 July 2006', 26 November 2006, Document TN/S/M/22.
42. WTO, 'Examples Of Measures To Be Addressed By Disciplines Under Gats Article VI.4 – Informal Note of the Secretariat', 12 July 2002. Document JOB(01)/62/Rev.2.
43. Hufbauer, G; Jensen, B.; Stephenson, S. 'Framework for the International Services Agreement', Peterson Institute for International Economics, Policy Brief Brief Number pb 12 - 10, p. 39.
44. Pruzin, Daniel. 'Participants to Consider Incorporating WTO Financial Services Elements in TISA' WTO Reporter, 21 June 2013.
45. Global Federation of Insurance Associations, 'GFIA position paper on the Trade in Services Agreement (TISA)', 28 November 2013.
46. Das WTO-Berufungsgremium hat in der oft zitierten Kontroverse um den koreanischen Rindfleischmarkt festgestellt, dass bei der Frage der Notwendigkeit einer Maßnahme „auf jeden Fall ein Prozess des Abwägens einer Reihe von Faktoren erforderlich ist, wobei dies besonders auf die Frage zutrifft, welchen Anteil die Compliance-Maßnahme an der Durchsetzung des strittigen Gesetzes oder der Verordnung hat, wie wichtig die durch das Gesetz oder die Verordnung geschützten gemeinsamen Interessen oder Werte sind, und welche Auswirkungen das Gesetz oder



- die Verordnung auf Importe oder Exporte hat." WTO, "Korea – Measures Affecting Imports Of Fresh, Chilled And Frozen Beef – Report of the Appellate Body", 11. Dezember 2000. Dokument WT/DS161/AB/R.
47. The Affordable Care Act, U.S. Department of Health and Social Services. Online at: <http://www.hhs.gov/healthcare/rights/law/index.html>
  48. 'Essential Health Benefits', Glossary, Affordable Care Act. Online at: <https://www.healthcare.gov/glossary/essential-health-benefits>
  49. 'Coverage for Pre-existing Conditions', Protections, Affordable Care Act. Online at: <https://www.healthcare.gov/how-does-the-health-care-law-protect-me/#part=3>
  50. Heritage Foundation, 'After Repeal of Obamacare: Moving to Patient-Centered, Market-Based Health Care', 31 October 2013.
  51. WTO, 'Mexico – Measures Affecting Telecommunications Services – Report of the Panel', Document WT/DS204/R, 2 April 2004, para. 7.164.
  52. *ibid*, para. 7.183
  53. *ibid*, para. 7.388
  54. BBC News, 'WTO rules against US gambling ban', 11 November 2004. Online at: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/business/4001793.stm>
  55. Global Services Summit – Washington, D.C., September 19, 2012. Panel Discussion 'Cross Border Trade in the Digital Economy', Moderated by Mike Drucker, President – International of FedEx.
  56. European Commission. 'Negotiations for a Plurilateral Agreement on Trade in services', Memo 13/107, 15 February 2013.
  57. Express Association of America. 'Comments on ISA', 25 February 2013. Online at: <http://www.regulations.gov/contentStreamer?objectId=0900006481209106&disposition=attachment&contentType=pdf>
  58. TISA, Financial Services Annex, Online at: <https://wikileaks.org/tisa-financial/WikiLeaks-secret-tisa-financial-annex.pdf>
  59. BNA Reporter, 'Participants to Consider Incorporating WTO Financial Services Elements in TISA Deal', 21 June 2013.
  60. BNA Reporter, 'Participants to Consider Incorporating WTO Financial Services Elements in TISA Deal', 21 June 2013.
  61. WTO, 'Revision of the Canadian Schedule of Commitments for GATS - Financial Services', WTO document GATS/SC/16/Suppl.4/Rev.1, 6 June 2000.
  62. Lev Ratnovski and Rocco Huang, 'Why Are Canadian Banks More Resilient?', IMF Working Paper WP/09/152, July 2009.
  63. Sinclair, S.; Mertins-Kirkwood, H. 'TISA vs Public Services', Public Services International, April 2014. p.
  64. U.S. Chamber of Commerce. 'The International Services Agreement (ISA): A Golden Opportunity for American Growth and Jobs', statement to the Office of the U.S. Trade Representative, 12 March 2013. Online at: <http://www.regulations.gov/contentStreamer?objectId=090000648120a1b5&disposition=attachment&contentType=pdf>
  65. Securities Industry and Financial Markets Association. 'Written Submission on behalf of the Securities Industry and Financial Markets Association United States Trade Representative's Intention to Enter into Negotiations for an International Services Agreement (ISA)', 1 March 2013, Online at: <http://www.regulations.gov/#!documentDetail;D=USTR-2013-0001-0032>.
  66. American Insurance Association. 'Comments of the American Insurance Association on an

- International Services Agreement', 28 February 2013. Online at: <http://www.regulations.gov/contentStreamer?objectId=09000064812098be&disposition=attachment&contentType=pdf>
67. Chicago Tribune, 'Brazil's anti-spy Internet bill clears lower house vote', 25 March 2014.
68. Canada's Health Informatics Association, 'Putting It into Practice: Privacy And Security For Healthcare Providers Implementing Electronic Medical Records', 2013 Guidelines for the Protection of Health Information.
69. Global Services Summit – Washington, D.C., Panel Discussions 'Cross Border Trade in the Digital Economy', 19 September 2012. Online at: <https://servicescoalition.org/images/files/2012%20GSS/Plenary%201%20New%20Agenda%20for%20Services%20Liberalization.pdf> and <https://servicescoalition.org/images/files/2012%20GSS/Plenary%20Session%202%20Services%20Liberalization%20Avenues%20for%20Progress.pdf>



INTERNATIONALE DER ÖFFENTLICHEN DIENSTE  
45, AVENUE VOLTAIRE  
01210 FERNEY-VOLTAIRE • FRANKREICH

[WWW.WORLD-PSI.ORG](http://WWW.WORLD-PSI.ORG)  
[psi@world-psi.org](mailto:psi@world-psi.org)



**INTERNATIONALE DER ÖFFENTLICHEN DIENSTE**